

Blick in die Zukunft

Neue Perspektiven nach dem Ausstiegsbeschluss

Nordrhein-Westfalen wird die Subventionierung der Steinkohle bereits Ende des Jahres 2014 einstellen, 2018 folgt der Bund. Beide sind entschlossen, den Ausstieg sozialverträglich zu gestalten. Mit diesem Ergebnis des so genannten „Kohlegipfels“ sowie den Zukunftsperspektiven für das Ruhrgebiet beschäftigte sich am 8. Februar, einen Tag nach dem Berliner Kohlegipfel, der Landtag in einer Sondersitzung.

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) teilte mit: „Gestern haben wir den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau in Nordrhein-Westfalen beschlossen. Heute beginnt eine neue Zeit in der Wirtschafts- und Industriegeschichte Nordrhein-Westfalens.“ Jetzt gehe es darum, ein neues Kapitel der Landesgeschichte aufzuschlagen. In Kürze werde es die neue „Initiative Zukunft Ruhr“ geben, mit der Maßnahmen der Landesregierung effizient

damit endlich Sicherheit für die Betroffenen (Bergleute, Zulieferer, Mitarbeiter des RAG-Konzerns) gebe und die Bewilligungsbescheide für 2009-2012 auf den Weg gebracht würden. Der Konzern könne endlich an die Börse gehen. Sie machte aber darauf aufmerksam, dass das Land auch nach 2015 noch zahlen werde. „2015 ist nicht das Ende aller Subventionen. Zu zahlen bleiben weiterhin die laufenden Altlasten. Das Land muss auch in den nächsten Jahren behilf-

hat das Wirtschaftswunder Deutschland erst möglich gemacht.“ Die Menschen im Ruhrgebiet hätten jetzt endlich Klarheit: „Wir trauen den Menschen zu, den Wandel aktiv zu gestalten“, sagte Stahl. Der SPD warf der Christdemokrat dagegen vor, sie habe „die Mentalität eines Industrie-Museums.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, bekräftigte: „Ja, es ist eine historische Stunde für Nordrhein-Westfalen.“ Bei Verträgen dürfe man jedoch nicht nur die Überschriften angucken. Die Abgeordnete: „Fakt ist: Der Bund stiehlt sich aus der Verantwortung für die Risiken bei den Altlasten und Ewigkeitskosten. Was Sie, Herr Ministerpräsident, als Erfolg verkaufen, die 30 Prozent Beteiligung des Bundes,



Fotos: Schälte

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

Hannelore Kraft (SPD)

Helmut Stahl (CDU)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE)

Dr. Gerhard Papke (FDP)

ent und zukunftsweisend gebündelt würden. Besonders wichtig sei, dass im Ruhrgebiet neue Forschungseinrichtungen entstünden. Exemplarisch nannte Rüttgers ein neues Institut für Werkstoffforschung an der Universität Bochum, an dem sich das Land mit zwölf Millionen Euro beteiligt, eine neue lebenswissenschaftliche Innovationsplattform an der Universität Dortmund mit einer Landesbeteiligung von 33,3 Millionen Euro sowie ein neues Science-to-Business Center der Degussa AG in Marl mit einer Landesförderung von 11,3 Millionen Euro. Von strategischer Bedeutung für Nordrhein-Westfalen seien auch Investitionen in neue, hochmoderne Kraftwerke – allein im Ruhrgebiet stünden Kraftwerksinvestitionen von über 5,5 Milliarden Euro an: „Wir schlagen ein neues Kapitel auf. Eine neue Ära beginnt. Lassen Sie uns jetzt gemeinsam anpacken und gemeinsam die Zukunft gestalten – zum Wohle aller Menschen an Rhein und Ruhr.“

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, bewertete positiv, dass es eine Einigung und

lich sein, damit das Unternehmen nicht in eine Unterfinanzierung gerät, denn die so genannte Sprechklausel (Vereinbarung zur Verrechnung der Vorfinanzierungskosten durch die RAG zur Vermeidung einer Unterfinanzierung) gilt fort, auch für das Land.“ Den Ministerpräsidenten fragte sie, wie er die jetzt notwendigen Strukturveränderungen sicherstellen wolle: „Wo ist Ihr Konzept? Wie wird es finanziert? Das ist jetzt nach den Ergebnissen allein Aufgabe des Landes, nicht mehr des Bundes. Welche Änderungen wird es im Haushalt NRW geben?“ Sie forderte die Landesregierung auf, ein Programm für die Kohlerückzugsgebiete aufzulegen.

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, stellte fest, heute sei das „Ende einer Epoche“. Er bedankte sich beim Ministerpräsidenten für den Verhandlungserfolg in Berlin. Rüttgers habe die zentralen Forderungen der Christdemokraten in NRW an einen Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau umgesetzt. Dazu gehöre, dass kein Bergmann ins „Bergfreie“ falle: „Denn vor allem der Einsatz der Bergleute

entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als schwere Erblast für unser Land.“ Rüttgers habe zugelassen, dass der Bund sich aus der Verantwortung für den Strukturwandel im Ruhrgebiet komplett verabschiede. Ungeklärt sei auch die konkrete Ausgestaltung der Stiftung.

Dr. Gerhard Papke, FDP-Fraktionsvorsitzender, erklärte, das Eckpunktepapier besiegele das Ende des subventionierten Steinkohlenbergbaus: „In Zukunft wird in helle Köpfe investiert und nicht mehr in dunkle Schächte.“ Dem Ministerpräsidenten bescheinigte er einen großen Verhandlungserfolg. Insbesondere der Versuch, einen Teil der Erlöse des Börsengangs für laufende Subventionen zu verwenden, habe verhindert werden können: „Die SPD hätte akzeptiert, dass der Erlös des Börsenganges nicht in eine Stiftung fließt, sondern für laufende Kosten verbraucht wird. Die Erlöse gehen nun vollständig in die Stiftung.“ Zum Thema Sockelbergbau sagte Papke: „Wer jetzt noch glaubt, dass der Sockelbergbau kommt, der glaubt auch, dass Zitronenfalter Zitronen falten.“